

Aktuelle Debatte zur Situation in den städtischen Seniorenwohnheimen, bzw. der neugegründeten Seniorenwohnheim gGmbH

Die kurzfristige Schließung des Altenpflegeheimes " Am Luisengarten" war für die betroffenen Heimbewohner eine Katastrophe, für die Stadt ein Desaster mit einem enormen Imageverlust und wird in der Folge mit erheblichen wirtschaftlichen Belastungen des Haushaltes der Stadt verbunden sein.

Deshalb können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir, der Stadtrat als Vertretung der Bürger der Landeshauptstadt, müssen von der Verwaltung, der Beigeordneten und letztendlich auch vom Oberbürgermeister Auskunft und Rechenschaft zu diesen Vorfällen verlangen.

Was ist geschehen?

Das Landesverwaltungsamt in Halle untersagte mit einem Schreiben vom 10.12.2007 den Heimbetrieb für das besagte Altenpflegeheim.

Das Heim sollte kurzfristig zum 31.12.2007 geschlossen werden.

Eine Intervention der Stadt beim Verwaltungsgericht erreichte einen Aufschub der Schließung und Räumung zum 29.2.2008. Dadurch wurde ein hastiger, überstürzter Umzug der Heimbewohner vermieden.

Dieser spektakulären Entscheidung des Landesverwaltungsamtes in Halle, es war seit 2004 in SA kein Altenpflegeheim amtlich geschlossen worden, waren seit dem 18.5.2005 insgesamt 14 Prüfungen vorausgegangen.

Die Untersuchungen hatten in jedem Falle z.T. erhebliche Mängel im Bezug auf Ordnung und Sauberkeit ergeben. Es wurden vielfach erhebliche Mängel in der Pflege der Heimbewohner festgestellt.

An dieser Feststellung ändert auch die Tatsache nichts, dass es vor allem nach der Schließung des Heimes eine ganze Reihe positiver Stellungnahmen von Angehörigen der dort betreuten Senioren gab.

Andererseits gab es in der Vergangenheit aber auch immer wieder Beschwerden von Heiminsassen, bzw. deren Angehörigen wegen unsachgemäßer Pflege und Betreuung.

Teilweise wurden Heimbewohner wegen mangelhafter Pflege und Versorgung in andere Heime verlegt.

Es geht immer darum, dass in einem Altenpflegeheim alle Bewohner gesehen werden müssen. Schon ein Zwischenfall ist in diesem hochsensiblen Bereich, wo alte, kranke, pflegebedürftige, demente Menschen betreut werden ein Zwischenfall zu viel.

Es muss eine Null-Fehler Strategie herrschen.

Es macht betroffen und man kann es nicht begreifen, dass in 14 Prüfungen seit 2005 immer wieder erhebliche Mängel im Bereich Pflege, Sauberkeit und Hygiene festgestellt wurden.

Grundlegende Veränderungen ergaben sich nicht, obwohl das Leitungspersonal zwischenzeitlich ausgetauscht wurde.

Vor allem die Darstellung im Prüfbericht vom 12.11.2007, dass die Leitung des Hauses, große Teile des Pflegedienstes und das Personal für die Hauswirtschaft nicht gewillt und in der Lage sind ihren Verpflichtungen hinsichtlich der angemessenen Qualität der Betreuung und Pflege gegenüber den Heiminsassen gerecht zu werden, macht mich fassungslos.

Immer wieder wird in den Prüfberichten darauf hingewiesen, dass aus den jeweils voran gegangenen Prüfungen nicht die notwendigen Schlüsse gezogen worden sind.

Und weitere Kontrollen wurden angekündigt!

Wo war die Kontrolle seitens der zuständigen Stellen der Stadt, denn es änderte sich offensichtlich zu wenig?

War der Betriebsausschuss informiert? Wenn "Nein", warum nicht?

Wusste die Beigeordnete Bescheid? Wenn "Nein " , warum nicht?

Als objektives Kriterium muss davon ausgegangen werden, dass das besagte Haus am Luisengarten als ehemaliges Bürogebäude in Plattenbauweise, unmittelbar an der vielbefahrenen B 1 gelegen, zur Nutzung als Pflegeheim eigentlich nicht geeignet war und ist.

Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten war es z. B. nicht möglich, dass sich demente Heimbewohner im Freien aufhalten konnten.

Den Zimmern waren keine Sanitärbereiche zugeordnet, so dass sich teilweise bis zu 8 Personen eine Toilette und bis zu 20 Personen eine Dusche und eine Wanne teilen mussten.

Aus heutiger Sicht waren der Kauf und die Investitionen in die Rekonstruktion dieses Hauses eine klare Fehlentscheidung.

Die Stellungnahme des SSW vom 19.12.07 offenbart das ganze Dilemma:

Nicht die unzureichende Bausubstanz, die Mängel in der Organisation und der Leitung, die mangelhafte Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter sind die Ursachen für das Versagen, sondern die Verunsicherung durch die Kontrollen.

Also waren andere schuld!

Die Stellungnahme der Beigeordneten in der Presse zu dieser gesamten Problematik war sehr unkritisch. Sie stellte damit eigentlich ihre sozialpolitische Kompetenz in Frage, obwohl wir ihre Arbeit sonst schätzen.

Da das Pflegeheim derzeit nahezu geräumt ist und die meisten Heimbewohner in andere Heime verlegt worden sind, ist das menschliche Problem, das Betreuungsproblem an sich, mehr oder weniger gut gelöst.

Für uns ergeben sich aus den Geschehnissen folgende Fragen:

Warum hat es trotz der langen Vorgeschichte, von zwei Abmahnungen durch die Aufsichtsbehörde und immer wieder aufgetretenen Mängeln anlässlich von Prüfungen des Heimes keine durchgreifende

Veränderungen gegeben?

Wie haben die Vorgesetzten ihre Aufsichtspflicht wahrgenommen?

Warum gab es keine rechtzeitige Information des Verwaltungsausschusses, des Betriebsausschusses und des Stadtrates?

Was wird getan um in Zukunft derartige Vorkommnisse zu vermeiden?

Wie wird ein korrekter Informationsfluss an den Betriebsausschuss, die Beigeordnete, den Oberbürgermeister und letztendlich, wenn es notwendig sein sollte, den Stadtrat, gesichert?

Was wird mit dem Gebäude?

Zu dieser Problematik und auf diese Fragen erwarten die Bürger der LH, der Stadtrat und wir eine ehrliche, offene Stellungnahme und aufrichtige Beantwortung.

Gestatten Sie noch ein Wort zum städtischen Klinikum. Eine Diskussion zu den Problemen dieser gGmbH halte ich unbedingt für erforderlich. Ich lehne sie aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

Bisher sind mir nur Situationsschilderungen und Gesprächsberichte aus der Presse bekannt.

Natürlich haben wir Hintergrundinformationen, aber so lange wir keine offizielle Mitteilung seitens der Verwaltung zu den Vorwürfen haben, sollten wir uns hüten ein vorschnelles Urteil, wie auch immer, zu fällen.

Nur so viel: Die Information des Stadtrates und seiner Gremien zu diesen hoch brisanten Thema ist wieder einmal unzureichend.